

GESUNDHEITSPOLITIK

- Sachverständigen-Gutachten unter der Lupe:
Wünsche der Experten sind nur
durch mehr Geld zu erfüllen **5**
- Westerwelle kommt zum HB **6**
- Koppelung der Honorare an die Arzneikosten?
Die bizarren Vorstellungen des
Gesundheitsministers Florian Gerster **7**
- Proteste gegen Arzneimittel-Sparprogramm:
HB behält sich rechtliche Überprüfung vor **8**
- Regresse drohen trotz Wegfall der Budgets **8**

KLINIK & PRAXIS

- Entschädigungen für Belegärzte:
Das Beispiel Bayern sollte bundesweit
Schule machen **11**
- Qualitätsmanagement in der Arztpraxis **11**
- Macht das Internet Kinder süchtig?
Neue Medien bieten oft einen guten
Einstieg in die Therapie **12**
- Selbstbestimmung in der Nähe des Todes:
Patientenverfügung als Entscheidungshilfe **13**

SERVICE

- Wie Fehlstarts vermieden werden können:
Sicher durch die ersten Jahre
nach der Praxisgründung **14**
- Wichtig bei Aufgabe des Arztberufs:
Wann braucht man eine
Nachhaftungsversicherung? **15**
- Ein Besuch im Röntgen-Museum:
Dokumente des Durchblicks **16**
- Blick hinter die Kulissen des Fernsehens **18**
- HB-Termine **18**

RUBRIKEN

- Namen & Nachrichten **4**
- Impressum **18**

Titelbild: Frank Pfennig

INHALT & EDITORIAL



Dr. med. Hans-Jürgen Thomas
Vorsitzender des Hartmannbundes –
Verband der Ärzte Deutschlands

Angriff auf die Freiheit des Arztes

Blindwütiger Aktionismus ist ein ebenso schlechter Ratgeber wie bürokratisch ummantelte Regulierungswut nicht das richtige Mittel für eine tragfähige Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems sein kann. Mehr noch: Mit dem, was Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt jetzt mit Vertretern von Krankenkassen, Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgeheckt hat, geht sie einmal mehr an die Wurzeln unseres ärztlichen Selbstverständnisses und der ärztlichen Freiberuflichkeit.

Wenn jetzt tatsächlich den Apothekern erlaubt werden soll, aus wirkstoffidentischen Medikamenten das preiswerteste auszusuchen, ist dies nicht hinnehmbar, weil die Verantwortung für Diagnose und Therapie ein einheitliches Ganzes darstellt und unter gar keinen Umständen geteilt werden darf!

Hier wird die Freiheit des ärztlichen Berufes weiter ausgehöhlt. Auf der Strecke bleibt damit auch das Recht der Patienten auf die ihnen individuell zustehende umfassende Behandlung. Was im Hause Schmidt ausgebrütet wird, ist einmal mehr die Einengung, wenn nicht gar die Beschneidung ärztlicher Freiheiten – eine Tatsache, die uns nicht nur zu denken geben sollte, sondern die uns endlich in großer Geschlossenheit sagen läßt: Bis hierher, Frau Ministerin, und nicht einen auch noch so kleinen Schritt weiter!

Die Hauptversammlung unseres Verbandes, zu der ich auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich einlade, muss und wird ein deutliches Stopp-Signal gegen Politwillkür und Staatsmedizin setzen – im Interesse aller unserer Kolleginnen und Kollegen wie in der Sorge um unsere Patienten.

Herzlichst Ihr